

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

25.10.1922 (No. 249)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 963 und 964, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 M. — Einzelnummer 7 M. — Anzeigengebühr: 7 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abnahme an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abnahme, zwangsweiser Beiziehung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Ämtlicher Teil

Brotbezug.

„Nach einer angeblich vom Reichsernährungsminister hinausgegebenen Auskunft soll es strafbar sein, wenn Haushaltungen, die nach den Bestimmungen der Verordnung über Bezug von Markenbrot auf freies Brot zu verweisen sind, für ihre Hausangestellten Brotkarten in Anspruch nehmen. Das Badische Ministerium des Innern hat bekanntlich für die Feststellung der Einkommensgrenze der Familien das Hauspersonal und diejenigen Familienangehörigen, welche über ein ausreichendes Einkommen zur Freistellung einer eigenen Existenz verfügen, nicht mit einrechnen lassen. Infolgedessen können nun auch nicht in diesen Haushaltungen den Hausangestellten die Brotmarken vorenthalten werden. Es bleibt somit bei den hierüber den Bezirksamtern und Kommunalverbänden erteilten Anweisungen.“

Notstandsmaßnahmen für die Rentempfänger der Invaliden- u. Angestelltenversicherung.

„Die vor einiger Zeit in Aussicht gestellte Winterbeihilfe für Sozialrentner gelangt jetzt zur Auszahlung. Von den dem Reich zur Verfügung gestellten Mitteln sind 35 Millionen nach Baden gelangt. Da das vom Reich den Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden auferlegte Kostenschema durch die vom Landtag bewilligte Altershilfe sowie die durch die Gemeinden freiwillig aufgebrachtene Leistungen abgegolten ist, gelangt der gesamte Betrag sofort zur Auszahlung. Die Erhöhung der Beihilfen aus Mitteln der Gemeinden, insbesondere in Form von Sachleistungen, ist dringend erwünscht.“

Zuständig für die Unterstützung ist die Gemeinde (das Fürsorgeamt). Für den in Betracht kommenden Personenkreis gilt:

1. Es dürfen nur Renteneempfänger berücksichtigt werden, die Unterstützung auf Grund des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen erhalten können.
2. Sozialrentner, die bereits auf Grund dieses Gesetzes unterstützt werden, können die Zuwendung ohne besonderen Antrag von Amts wegen erhalten, wenn sie nach Ausschöpfung der Unterstützung des Notstandsgesetzes noch bedürftig sind, d. h. wenn bisher die Notstandsunterstützung schon in dem höchstmöglichen Betrage gewährt worden ist, die Bedürftigkeit aber dadurch nicht behoben wurde.
3. Sozialrentner, die bisher Unterstützung nach dem Notstandsgesetz nicht erhalten konnten, weil sie dessen Voraussetzungen, z. B. infolge geringen Überschreitens der Einkommensgrenze, nicht voll erfüllen, können auf Antrag eine Zuwendung erhalten, sofern sie hierzu bedürftig sind.
4. Zuweisungen an Anstalten oder Anstaltsinsassen sind unzulässig.

* Verrauschte Jubelhymnen.

Der Jubel über den Sturz Lloyd Georges in Paris ist vorüber, und man gewöhnt sich wieder nachundnach an eine ruhigere und kühlere Betrachtung der Dinge. Eine solche Betrachtung wird aber vielleicht gerade den Politikern an der Seine, die Lloyd George am leidenschaftlichsten hassten und am meisten über seinen Rücktritt frohlockten, manche Einsichten nahe legen, die für die französische Gesamtpolitik, soweit sie imperialistisch abgestimmt ist, keineswegs erbaulich sind.

Man darf nicht vergessen, daß Lloyd George es den Imperialisten in Frankreich in gewisser Beziehung recht leicht gemacht hat. Er verhehlte, und zwar namentlich in den letzten Wochen, seine Abneigung gegen die französische Politik und gegen die Einseitigkeit dieser Politik so wenig, daß man sich über die Gefühle, die eine solche Abneigung auslöste, nicht weiter zu wundern brauchte. Ganz in Sand ging diese Abneigung mit einer überaus scharfen Kritik. Es dürfte in der Geschichte der Bündnisse selten vorgekommen sein, daß ein leitender Staatsmann der verbündeten Macht öffentlich vorwirft, sie habe unehrlich gehandelt. Und wenn Lloyd George mit dieser Feststellung auch hundert Mal recht hatte, so mußte er natürlich darauf gefaßt sein, daß gerade diese

Bemerkung die leidenschaftliche Wut in Paris bis zur Siebehöhe steigern würde. Und dies umso mehr, da der Vorwurf zutrifft.

Es war also ein Triumph für die Pariser Staatsmänner, daß nun gerade der englische Ministerpräsident, der ihnen erbarmungslos den Spiegel vor's Antlitz zu halten pflegte, zum Rücktritt gezwungen wurde. Ob aber damit die Politik Englands selbst eine andere werden wird, das bleibt doch noch eine offene Frage. Gewiß wird die Methode eine andere sein. Bonar Law besitzt ein ruhigeres Temperament und ist gewohnt, politische Dinge mit nüchternen Sachlichkeit zu behandeln. Der Ton der englischen Politik wird es also wohl kaum sein, der in Paris verstimmen wird. Ob aber die sachliche Politik selbst den Pariser gefallen wird, das bleibt eben einstweilen noch sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich wird die englische Politik auch unter Bonar Law Grundsätze verfolgen und verfolgen müssen, die der imperialistischen Politik Frankreichs schnurstracks zuwiderlaufen.

Die politische Vertretung dieser Grundsätze aber wird dem neuen Kabinett viel leichter sein, gerade weil es keinen Lloyd George an seiner Spitze hat. Auch

in sachlichen Differenzpunkten konnte sich Paris immer damit ausreden, daß hinter der Opposition Englands die persönliche Antipathie des Ministerpräsidenten stehe, und es konnte die sachliche Opposition mit dem Hinweis auf diese rein persönliche Abneigung diskreditieren. Jetzt gibt es diese Ausrede nicht mehr. Und damit wird Frankreich gezwungen, endlich einmal offen Farbe zu bekennen und sich zu entscheiden, ob es mit England eine vernünftige Wiederaufbaupolitik oder gegen England eine letzten Endes in den Abgrund führende Politik des Imperialismus treiben will.

Und mag auch der Ton des diplomatischen Verkehrs noch so höflich sein, so wird die Londoner Regierung sachlich sicherlich umso zäher an einem Programm festhalten, das ihm von seinen eigenen Interessen nun einmal judiziert wird. Dieses Programm scheint eine Kooperation zwischen England, Frankreich und Deutschland vorzusehen und ist sonach unvereinbar mit einer Politik, die Deutschland einseitig unter den französischen Einfluß biegen will. Schon die nächste Zeit wird Frankreich vor die Wahl stellen. Aber von seiner Stellungnahme wird nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern auch das Schicksal Frankreichs selbst abhängen.

* Das Wichtigste.

Dem Landbund fehlt offenbar zurzeit der richtige Agitationsstoff. Sonst wäre es undenkbar, daß er eine Interpellation im Landtag ankündigt ließe, die sich mit einem Artikel der „Karlsruher Zeitung“ (in Nummer 218 vom 19. September) befaßt. Aber dem Landbund erschiebt dieser wahrlich ungeschuldige Artikel wohl doch als das Wichtigste, worum man sich im Augenblick zu sorgen hat. Wir selber denken über die Angelegenheit etwas bescheidener, möchten aber trotzdem mit ein paar kurzen Worten auf den Vorstoß des Landbundes antworten.

Jener Artikel war überschrieben „Das Antlitz des Krieges“. Er hatte den Zweck, an Hand der furchtbaren Zerstörungen in Kleinasien das Sinnlose des Krieges nachzuweisen. Und er stellte die Tatsache, daß die Griechen auf ihrem Rückzug durch Kleinasien ganze Städte und Dörfer vernichteten, in Parallele mit der Tatsache, daß auf den Befehl der deutschen Obersten Heeresleitung auch auf dem Rückzug durch Frankreich ganze Städte und Dörfer in die Luft gesprengt worden sind. Es ist, wie aus den Meldungen einer dem Landbund ergebenen Presse hervorgeht, gerade diese Stelle, die er zum Anlaß seiner Interpellation nehmen will.

Man wird ja die Begründung dieser Interpellation abzuwarten haben. Gespannt sind wir darauf. Denn wir haben uns mehrfach fragen müssen, was denn eigentlich an unserer Bemerkung dem Landbund so mißfallen hat. Die Tatsache, daß die deutsche Oberste Heeresleitung bei dem Rückzug so ziemlich alles, was an festen Gebäuden vorhanden war, zerstören ließ, ist ja bekannt genug. Und Deutschland hat diese Tatsache auch stets anerkannt. Wenn überhaupt die Reparationszahlungen einen Sinn haben sollen, so haben sie den, daß Deutschland sich bereit erklärt, diese sinnlos angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Und wenn sich die Reparationssumme faktisch nur auf den Wiederaufbau Nordfrankreichs bezöge, würde die Reparationsfrage als solche auch schon längst gelöst sein.

Worüber regt sich also der Landbund nun eigentlich auf? Die Tatsache, auf die wir abhoben, besteht. Sie kann nicht bestritten werden und ist zu dem auch von Deutschland offiziell in aller Form zugegeben worden. Daß die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung in jeder Beziehung sinnlos waren, steht ebenso fest. Ganz sicher wäre die gesamte Situation bei den Waffenstillstandsverhandlungen und beim Friedensschluß für uns besser gewesen, und ganz sicher würde Frankreich damals nicht so viele Sympathien auf seiner Seite gehabt haben, wenn jene Zerstörungen nicht erfolgt wären. Wer auch die Last der Reparationszahlungen, unter der wir doch heute alle, also auch die Mitglieder des Landbundes, schwer zusammenbrechen, wäre geringer gewesen, wenn die Oberste Heeresleitung, d. h. letzten Endes Ludendorff, jenen Befehl nicht gegeben hätte.

Dieses gleiche einschränkende Wenn scheint uns im übertragene Sinne auch für den Landbund zu gelten. Wenn er sich selber das alles gesagt hätte, was wir hier soeben betont haben, so hätte er sich sicherlich jene Interpellation gespart. Sie ist vollkommen überflüssig, nimmt dem Landtag Zeit weg, die viel besser und erproblicher verwertet werden kann, und lenkt die besondere Aufmerksamkeit auf die „Karlsruher

Zeitung“ in einem Fall, wo eine solche Aufmerksamkeit gar nicht verdient ist.

Warum greift der Landbund nicht andere Artikel der „Karlsruher Zeitung“ auf? So zum Beispiel den in Nummer 237 unserer Zeitung, in welchem wir uns wohl zum hundertsten Male in der schärfsten Weise gegen die französische Doppelpolitik wandten und dabei den Satz prägten: „Armes Frankreich, wo wärest du wohl geblieben, wenn wir 1914 dich allein hätten beim Widel nehmen können?!“ Auch sonst findet sich in der „Karlsruher Zeitung“ sicherlich noch manch ein Artikel, der gerade vom Standpunkte eines starken Nationalbewußtseins aus betrachtet, den Landbund hätte interessieren können. Wir erwähnen dies, weil uns ein guter Freund unserer Zeitung darauf aufmerksam gemacht hat, daß der Landbund die beanstandete Äußerung wahrscheinlich als im nationalen Sinne nicht ganz einwandfrei hinzustellen versuchen wird. Nun, wir können den Landbund von einem solchen Versuche nicht abhalten. Wird er wirklich unternommen, so ist er von vornherein gerichtet als eine Dummeheit. Ja, er wäre unserer Meinung nach sogar noch mehr: nämlich eine Unverschämtheit!

Politische Neuigkeiten.

Das neue Regime in England.

Von ihrem Londoner Korrespondenten wird der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt:

„Die erste Frage, die der deutsche Leser nach dem Einsturz der konservativ-liberalen Koalitionsregierung und damit dem Auszug Lloyd Georges aus dem sagenumwobenen Haus in Downing Street billigerweise an den Korrespondenten stellen sollte, ist nicht: wie ging das zu? Es war allerdings ein historischer Augenblick — oder besser ein historisches Jahr — für die englische Parteigeschichte und über die Kurve des Kometen Lloyd George wäre auch manches zu sagen. Ein „Retrospekt“ wäre out of taste, denn die bekannteren dieser Himmelskörper pflegen nach einer Weile wieder aufzutreten. Das Dringliche ist vielmehr: was hat Deutschland vom neuen Regime an Gutem oder Bösem zu erwarten? Auch diese Frage ist verfrüht, schon deshalb, weil Mr. Bonar Law unmöglich in den praktischen Fragen der englischen Politik einen neuen Stempel aufdrücken kann, bevor die Neuwahlen über das endgültige Schicksal und die Stärke der Machtgruppen im Parlament entschieden haben. Wohl aber ist zu erwarten, daß das neue Kabinett theoretisch seine außenpolitischen Grundsätze vor der Wahl wird formulieren müssen. Die Anrufung des Volkes wird nicht lange auf sich warten lassen (das ist wenigstens heute die vorherrschende Meinung) und es drängt wenigstens heute diese Formulierung eines Programms denen vorwegzunehmen, die dazu berufen sind. Aber da, wie Brecht stimmen beweisen, in Deutschland schon zahlreiche feste Meinungen über dieses künftige Programm zu lesen sind, so mag es gut sein, wenigstens zu zeigen, auf welcher Grundlage sich die neue Regierung bei der Formulierung ihrer Außenpolitik voraussichtlich bewegen muß.“

Da ist eines zu beachten: Lloyd George ist allerdings im Verlaufe einer außenpolitischen Krise gestürzt worden, und die Vorwürfe gingen bei diesem akuten Anlaß hauptsächlich dahin, daß die Londoner Regierung Frankreich unnötig schwächert und durch Rabau-Diplomatie das englische Volk an den Rand eines Krieges gebracht habe. Am Zerwürfnis mit Frankreich trage nichts so viel Schuld wie die heimliche Deutschfreundlichkeit und der offene Franzosenhaß Lloyd Georges und seiner Freunde. Vor dem Sturz hatte die ganze Agitation eine ausgesprochen außenpolitische Färbung bekommen, über deren Bedenkllichkeit kürzlich berichtet worden ist. Es ist auch kein Zweifel, daß die Meinungen darüber immer

Der Deutschen Republik erster Präsident.

Ausführungen der Besatzungstruppen — Verfassungsgesetz für Angestellte — Ebert, Reichspräsident bis 1925 — Aktionierung über die Getreideumlage — Vertagung bis 7. November — Ansprachen beim Reichspräsidenten.

Deutscher Reichstag.

nach durchaus geteilt sind, ob sich England mit Frankreich auf Kosten Deutschlands verständigen solle und größere Reserviertheit gegenüber allen europäischen Fragen geraten sei. Dieses Grundproblem besteht fort, aber seit dem Sturz Lloyd Georges ist der außenpolitische Teil der Diskussion wieder klar in den Hintergrund gedrängt worden, denn das tiefere Motiv bei der Kampagne, die dem Sturz vorausging, war kein außenpolitisches, sondern es betraf die rein innerpolitische Entwicklung Englands. In den maßgeblichen konservativen Organen spielt denn auch der Streit um die Außenpolitik im Augenblick überhaupt keine wesentliche Rolle mehr, für sie handelt es sich hauptsächlich darum, daß andere, ruhigere, stetigere Methoden angewandt und die Ausarbeitung der Politik wieder dem dazu berufenen Foreign Office überlassen werden soll. Man berpricht sich dabei eine wesentliche Erleichterung der Aussprache mit Frankreich. Wahrscheinlich insofern nicht mit Unrecht, als Lloyd George dort tatsächlich nachgerade wie ein rotes Tuch wirkte. Ein neues Moment kam hinzu, wenn die Konservativen nicht nur „Freundschaft“, sondern militärische Arrangements mit Frankreich empfehlen sollten. Ob das neue Regime auch in den rein sachlichen Fragen, die Deutschland, besonders die Reparationen, betreffen, den französischen Wünschen freiere Bahn lassen wird, läßt sich im Augenblick gewiß noch nicht sagen. Man kann es bezweifeln. Freilich eines erscheint sicher: die Neigung zu scharfen Kontrollmaßnahmen für Deutschland, die auch unter dem alten Regime in letzter Zeit erheblich gewachsen war, wird noch erhöht sein.

Aber in bezug auf die Grundlinie sprechen doch gewichtige Argumente dafür, daß die neue Regierung — auch im Falle einer Fortdauer ihrer Existenz nach den Wahlen — versuchen wird, die Richtung „Kooperation zwischen England, Frankreich und Deutschland“ und somit Druck auf die Unversöhnlichen in Frankreich fortzusetzen. Die entscheidende Tatsache ist dabei, wie schon kurz gemeldet, daß nicht die „Diehards“ die Führung in der Regierung gewonnen haben, sondern daß beachtlich ist, eine Politik zu betreiben, die es sämtlichen Strömungen der unionistischen Partei erlaubt, im konservativen Verband zu bleiben. Erhaltung der konservativen Einheit ist die Grundidee. Die Gruppe der Diehards ist klug genug, um sich diesem Zweck unterzuordnen, und viele rechnen bestimmt damit, daß auch die Chamberlain-Gruppe mit nur wenigen Ausnahmen in der Partei verbleiben werde. Sollte die konservative Herrschaft andauern, so wäre es wohl ein Segen für England, wenn diese gemäßigten Elemente der konservativen Partei nicht verloren gingen. Bonar Law ist der Träger dieser Einheitsidee und erst als diese Idee sich zu entwickeln vermochte und in Bonar Law einen Führer fand, wurde aus der Diehard-Intriege gegen die Koalition eine große politische Aktion, die zu einem Umschwung und damit zum Sturz Lloyd Georges führen konnte. Der Grundstrom der konservativen Partei ist gemäßig und man kann hoffen, daß es Bonar Law, der selbst ein sehr bedächtiger Mann ist, gelingen werde, dies in der Zusammensetzung seiner Regierung und vor allem in deren Politik zum Ausdruck zu bringen. Eine starke Opposition wird den konservativen Strom regulieren und — je nach dem Grad des Wahlerfolgs oder der darauffolgenden Entwicklung — die Alternativen der Opposition erzwingen können. Das ist der Sinn der neuen Wendung in England: die Vorbedingung für eine große Opposition ist geschaffen. Das schreibt Bonar Law die Richtung vor. Das weitere Argument ist nicht minder wichtig: Bonar Law selbst und ein Großteil der Konservativen steht mitten im Geschäftsleben und die konservative Parole wird sein: Wiederherstellung der Wirtschaft. Das wird nach konservativem Rezept nicht ohne scharf protektionistische Maßnahmen versucht werden, aber es ergibt sich doch auch daraus die Notwendigkeit, das Ziel der europäischen Rekonstruktion beizubehalten. „Morning Post“, „Times“, „Daily Telegraph“ und wie sie alle heißen, begünstigen ein Moratorium und eine vernünftige Regelung der Schulden- und Reparationsfrage. Das „Trade Supplement“ der „Times“ begann neulich einen Artikel mit den Worten: Wenn die Reparationsfrage endgültig vernünftig beigelegt wäre, würde sich die englische Wirtschaft alsbald erholen. Offenlich bleibt es bei diesem Programm. Die Diehards, die Protektionisten und Frankreich werden aber sicher dafür sorgen, daß Bonar Law bei seiner Ausführung nicht in den Verbauch gerät, ein Deutschenfreund zu sein! Es wird sich zeigen müssen, was eine konservative Regierung Großbritanniens tun kann und will, wenn sie durch ihre Freunde in Paris vor die Wahl zwischen einer neuen Krise und der Preisgabe der Idee der Kooperation und Rekonstruktion gestellt werden sollte. Wenn Frankreich auch die neue englische Regierung zu dieser Entscheidung zwingt, dann werden all die gefährlichen Probleme der englischen Außenpolitik akut und unvermeidbar, denen die englischen Politiker heute im Wahlkampf offenbar noch einmal auszuweichen beabsichtigen.

Zu Beginn der Sitzung, die um 11 Uhr ihren Anfang nimmt, kommen zunächst einige kleine Anfragen zur Erledigung. Auf eine deutschvolksparteiliche Anfrage wird von der Regierung erwidert, daß eine Denkschrift, die eine Zusammenstellung der Ausführungen der Besatzungstruppen enthält, dem Reichstag in aller nächster Zeit vorgelegt werden soll. Auf eine sozialdemokratische Anfrage über die Zurückhaltung von Kartoffeln durch die Landwirte erwidert ein Regierungsvertreter, daß nach den amtlichen Ziffern im September und Oktober d. J. bedeutend mehr Kartoffeln auf der Eisenbahn befördert worden waren als in den Vorjahren. Von einer abschließlichen Zurückhaltung der Kartoffeln sei der Regierung nichts bekannt.

Eine Interpellation der Demokraten über die gesetzliche Regelung der Lehrerbildung wird innerhalb der Geschäftsordnungsmaßnahmen nicht beantwortet werden. Der Gesetzentwurf über Änderung der Vorschriften über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen (Beamtengehälter bis 120 000 Mark unpfändbar) wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte erledigt, ebenso in dritter Lesung ein deutschvolksparteilicher Gesetzentwurf über die Verlängerung der Fuderungsfrist der Weine des Jahresganges 1922.

Es folgt die dritte Beratung des von den Koalitionsparteien in Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes zur Änderung des Artikels 18 der Verfassung, wonach die Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 verlängert werden soll. Im Falle der Annahme dieses Gesetzentwurfes beantragen die Deutschnationalen, die auf der Vorannahme der Wahl am 8. Dezember 1922 bestehen, die Verlängerung des angenommenen Gesetzentwurfes für zwei Monate außer Kraft zu setzen. Eine Aussprache über diesen Gesetzentwurf findet nicht mehr statt. Präsident Ebert teilt mit, daß er die dazu beantragte namentliche Abstimmung zwischen 11 und 1 Uhr vornehmen lassen werde.

Auch zur dritten Beratung des Gesetzentwurfes über die Getreideumlage ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die einzelnen Artikel werden gemäß dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen. Präsident Ebert vertagt um 11.40 Uhr die Fortsetzung der Sitzung auf 12 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Gesetzentwurf über die Änderung des Verfassungsgesetzes für Angestellte in dritter Lesung beraten. In der Einzelberatung liegt zu § 101 der in zweiter Lesung abgelehnte Antrag wieder vor, die Ernennung der Beamten und Direktionsmitglieder und der übrigen etatsmäßigen Mitglieder der Versicherungsanstalten durch den Reichspräsidenten nach Vorschlag des Reichsrates auf Lebenszeit erfolgen zu lassen. Ein Eventualantrag des Zentrums will die Wiedereinstellung für die ersten 3 Jahre festsetzen, aber Minister Braun bittet, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, d. h. die Grundrechte der Beamten nicht zu gefährden, die die Verfassung gewährt. Dazu gehört die lebenslängliche Anstellung. Nach kürzerer Debatte wird in namentlicher Abstimmung der Zentrumsantrag, der die bedingungslose lebenslängliche Anstellung fordert, mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Der Eventualantrag des Zentrums (Widerurf der Anstellung auf drei Jahre) wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 124 Stimmen angenommen. In der Gesamt-Abstimmung wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Es folgt darauf die namentliche Schlussabstimmung über den Antrag der Koalitionsparteien mit Einschluß der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei auf

Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten.

Die Abgeordneten Rösen (Komm.) und Ledebour (L.) beantragen zur Geschäftsordnung die Wiederaufnahme der Debatte über diesen Antrag und über den Gesetzentwurf zur Getreideumlage. Der kommunistische Redner erklärt, durch die Mängel des Verteidigungssystems im Reichstag in Verbindung mit der schnellen Erledigung der Tagesordnung sei der kommunistische Redner verhindert worden, sich rechtzeitig zum Worte zu melden. Abg. Ledebour schließt sich diesen Ausführungen an und behauptet im übrigen, daß durch eine stillschweigende Beratung der großen Parteien die Opposition überumpelt worden sei. Diese Methode bedeute nichts anderes als den Ruin des Parlamentarismus. — Abg. Müller-Franzen (Soz.) bestreitet demgegenüber, daß irgendeine Beratung zwischen den Parteien stattgefunden habe. — Der Geschäftsordnungsantrag Rösen-Ledebour wird dann gegen die Stimmen der äußersten Linken und der Deutschnationalen abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird hiernach der An-

trag auf Verlängerung der Dauer des Amtes des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Reichspräsident Ebert stellt darauf fest, daß die Annahme dieses Antrages mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt ist. Durch diesen Beschluß wird das bisherige Provisorium in der Führung der Reichspräsidentenschaft beendet und der gegenwärtige Präsident Ebert ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiterzuführen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, der verlangt, daß die Verkündung dieses Beschlusses auf zwei Monate hinausgeschoben wird, um inzwischen einen Volkstschied herbeizuführen. Der Antrag wird mit 810 gegen 77 Stimmen bei zehn Stimmen Enthaltung abgelehnt.

Reichspräsident Ebert. Der Antrag hat das für solche Fälle vorgesehene Drittel familiärer abgegebenen Stimmen nicht erhalten. Der erste Beschluß, wie er in dem Antrag der fünf Parteien zum Ausdruck kommt, tritt also sofort in Wirksamkeit. Das Präsidium des Reichstages wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben und ihn fragen, ob er diesem Ersuchen stattgeben will. (Lebhaftes Bravo! Wg. Ebert ruft lachend: Es lebe die Republik und ihr Präsident!)

Die Abstimmung über die Getreideumlage.

Ein Antrag der Kommunisten und der unabhängigen Sozialdemokraten, jetzt noch einmal in die Aussprache über die Getreideumlage einzutreten, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. In der Gesamt-Abstimmung wird der Gesetzentwurf über die Getreideumlage mit 286 gegen 160 Stimmen nach dem Beschluß zweiter Lesung angenommen. Gegen den Entwurf stimmt die ganze Linke geschlossen.

Abg. Ledebour (L.) beantragt, von der Reichsregierung — deren Mitglieder sich bei der Abstimmung auf ihre Abgeordnetentafel begeben hatten und noch nicht wieder an die Regierungstafel zurückgeführt sind — eine Erklärung zu verlangen, auf welche Parteien sie sich in Zukunft zu stützen beabsichtigen. Nach dem Ausfall der eben vorgenommenen Abstimmung sei eine Fortführung der bisherigen Politik unmöglich. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Ohne weitere Debatte genehmigt das Haus den Gesetzentwurf über die Heraushebung der Grenze für das pfändbare Gehalt in dritter Lesung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Für die nächste Sitzung wird der 7. November in Aussicht genommen und die Festsetzung der Tagesordnung dem Präsidenten überlassen.

Reichspräsident Ebert.

Nachdem das die Frage der Präsidentenwahl neu zu regelnde verfassungsändernde Gesetz in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen worden war, begaben sich der Präsident des Reichstages Ebert, sowie die Vizepräsidenten Dietrich, Dr. Well, Dittmann und Dr. Nieber zum Reichspräsidenten, um ihn sofort und in feierlicher Form von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Ebert richtete an den Reichspräsidenten, der die Herren des Reichstagspräsidiums im Beisein des Reichskanzlers und des Reichsministers Dr. Käfer empfing, folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident! Der Deutsche Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung mit 314 von 391 abgegebenen Stimmen, also mit ganz überwiegender Mehrheit, welche die in der Verfassung vorgesehenen zwei Drittel weit übertrifft, dem Antrag zugestimmt: Der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925. Die gesetzgebende Körperschaft hat somit dem Provisorium ein Ende gemacht und Sie, Herr Reichspräsident, gebeten, Amt und Würde des ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik bis zum 30. Juni 1925 zu übernehmen. In der schwierigsten Zeit unseres Vaterlandes nach dem furchtbaren Zusammenbruch, inmitten immer neuer politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen, vom schärfsten Druck der Siegermächte bedroht, haben Sie im Jahre 1919 ein Amt auf sich genommen, in dem nach unfer aller Bewußtheit keinerlei Anerkennung, geschweige denn Dank erwartet werden konnte. Sie folgten, wie Sie damals sagten, dem Rufe der Pflicht. Wenn Ihnen heute die deutsche Volkvertretung mit großer Mehrheit die Fortführung des hohen Amtes anträgt, so befindet sie damit ihren Dank für die bisherige Führung Ihres Amtes, für Ihren Au-

Zum historischen Bach-Abend der Bach-Regen-Feier in Heidelberg.

Die Musikwissenschaft hat sich durchgerungen. Sie steht heute innerhalb der Philosophischen Fakultät als anerkannte Disziplin im Kreise ihrer Schwestern. Die Zeiten scheinen endgültig vorüber, wo sie mit Keit- und Fiedlunterricht als „Musikunterricht“ auf die letzte Seite der Vorlesungsverzeichnisse abgedrängt war. Die Ergebnisse ihrer Forschung ziehen weite Kreise. Wenn wir heute mitten in einer Renaissancebewegung stehen, die nicht nur einen kleinen Kreis von Fachgelehrten erfüllt, sondern auch eine große Zahl von Künstlern, Instrumentalisten, Dirigenten, Musikchriftstellern sowie eine stattliche Zahl von Dilettanten und Musikfreunden, so ist diese Bewegung letzten Endes der Musikwissenschaft zu danken. Neues Leben blüht aus allen vergessenen, verschollenen Werken. Doch nicht allein die alten Werke lernen wir wieder kennen, uns werden auch die Wege gezeigt, wie wir diese Werke stilgemäß aufführen können und müssen; oft genug wird die Vorführung alter Musik erst ihre volle Wirkung erreichen, wenn die Ausführenden mit der alten Aufführungspraxis vertraut sind und ihrer Forderung Rechnung tragen können. Die Können bedingt besondere Mittel: Instrumente, historische Instrumente. In dem Programm der Heidelberger Bach-Regen-Feier lesen wir die bescheidenen Worte: „... so haben wir den historischen Abend gewagt.“ Für den Musikhistoriker, für die vielen Freunde alter Musik ist es gewiß kein Wagnis, es ist Erfüllung langgehegter Hoffnungen und Wünsche. Wohl aber stehen unsere Gäste und Zuhörer vor einem Novum. Ungeahnt, eigenartig sind wohl für die meisten Raum- und Klangwirkung: der kleine intime herzenbelebende Festsaal des alten Palais am Karlsplatz, der Klang und Zusammenklang besonderer Instrumente, für deren Besitz wir, Ausführende wie Zuhörer, unseren Stiftern: Hofrat G. A. Marx (Wannheim) und Fritz Neupert (Darmstadt) nicht genug des Dankes empfinden können. Eine stattliche Zahl von Instrumenten, die der Vergangenheit entstammen, soll eine alte Klangwelt, die Klangwelt Johann

Sebastian Bachs und seiner Zeit uns wieder neu erschließen; dieser Gedanke war maßgebend bei der Auswahl des Programms für den historischen Bach-Abend, den Universitätsprofessor Dr. Kröner mit kurzen Vorbemerkungen „Über das barocke Klavier“ einleitete. Die ausgewählten Werke zeigen Klavir, Fide, Oboe, Oboe da caccia, Violon, Violon d'amore, Viola da Gamba, Laute, Theorbe und Fagott, eine alte Hausorgel aus der Bachzeit (um 1720), Singstimmen und Cembalo in verschiedensten Zusammenstellungen und Klavierwirkungen. Besondere Beachtung wird in sämtlichen Werken dem Cembalo aufkommen. Gerade diese Instrumente, das im historischen Bach-Abend zum ersten Mal vor einem größeren Kreise erklingen wird, seien einige Bemerkungen zugebracht:

Das zweimanualige Concert-Cembalo, das mit sieben Pedalen ausgerüstet ist, wurde für das Musikwissenschaftliche Seminar der Universität Heidelberg gebaut und gestiftet von Fritz Neupert, dem Inhaber der Hof-Pianoforte-Fabrik J. C. Neupert in Bamberg. Der Erbauer besitzt eine eigene, — wohl die größte bestehende — Sammlung von alten Klavieren, die in fast lückenloser Reihenfolge den Entwicklungsengang des Klaviers zeigt. Vorhanden sind die Urformen, Monochord und Hackbrett; zahlreiche, weit über hundert Instrumente zeigen die beiden Gruppen besaiteter Tasteninstrumente, die sich nebeneinander bis zur Wende des 18. Jahrhunderts im Gebrauch gehalten haben: Clavichords, bei denen die Saiten durch Reiffingstäbchen, die am Ende des Tastenhebels sitzen, angeschlagen und in bebendes Tönen veretzt werden. Cembali (Kleinfagel, Clavichord), deren Saiten durch Federkiele oder Leberzungen angezogen werden und dadurch einen lauten rauschenden Klang hören lassen. Aus der Sammlung der Cembali ragen wertvolle Originalstücke hervor, als ältestes ein Vaffo aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts, mehrere signierte Instrumente der holländischen Klavierbauersfamilie Ruckers, teilweise noch aus der Zeit vor 1600, ein Dulcien von 1689; Silberman ist mit 2 Instrumenten vertreten, Cristofori mit einem prunkhaft ausgestatteten dreimanualigen Cembalo aus dem Jahre 1708 u. f. f.

Jahrgangstabelle streng wissenschaftliche Studien, dauernde Reparaturarbeiten an diesen alten Instrumenten und langwierige konstruktionsmechanische Untersuchungen an seinen

Sammlungsstücken haben Neupert die Anregung, in Verbindung mit seinen Erfahrungen als moderner Klavier- und Flügelbauer die Rekonstruktion eines Cembalos in Angriff zu nehmen, das Ton- und Konstruktionsverbesserungen aufweisen sollte. Vor 12 Jahren wurde das erste rekonstruierte Instrument gebaut, es folgte eine Reihe ständig verbesserte Instrumente, als deren Krönung das im Oktober dieses Jahres fertiggestellte zweimanualige Concert-Cembalo anzusehen ist. Es ist nicht überzubewegliche Begeisterung, wenn man dieses neue Instrument als ein Wunderwerk der Technik bezeichnet. Tragender, weicher, runder Ton unter vollkommener Wahrung des typischen alten Cembaloklanges, zeichnet das Instrument aus; das pianissimo des fast flüsterartig 4-Fuß-Registers ist selbst im größeren Saale hörbar. Exakt arbeitet der komplizierte empfindliche Mechanismus und ermöglicht, das Instrument als heutzutage geübten brauchbares Kammerinstrument zu benutzen. Besonders diese letzte Eigenschaft — die selbst renovierten alten Instrumenten nicht eigen ist — verleiht das Instrument den modernen Flügelbauern des Erbauers. Wir müssen das neue Werk Fritz Neupert zeichnen als das Werk eines Mannes der Tat, als ein Produkt wissenschaftlicher Forschung verbunden mit höchster technischer Meisterschaft.

So mögen denn diese Feiern hinausgehen nicht nur als eine flüchtige Orientierung, sondern vor allem als ein Zeichen des tiefempfundenen Dankes an zwei edle Männer. Mögen sie kundtun, daß in all der Not unserer Zeit, in tiefer Bedrängnis unseres Volkes, Idealismus, Opfergeist und Tatkraft nicht getrennt werden können, daß der Glaube an die unbesiegbare Kraft des deutschen Geistes fest und unerschütterlich weiterleben kann und wird.

Dr. Hermann Halbig.

* Liebermann in Venedig preisgekrönt. Professor Max Liebermann hat jetzt für sein „Kobold“ auf der Internationalen Kunstausstellung in Venedig den Preis für Landschaftsmalerei erhalten. Das Bild, eines der bekanntesten farbenreichen Gemälde aus dem Garten des Meisters in Wannsee, ist Eigentum der Dresdener Gemäldegalerie.